

## Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche  
 Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet  
 unter: [www.hamburg.de/wochendienst](http://www.hamburg.de/wochendienst)

Nr. 21

vom 10. Juli 2009

Redaktion: Katja Richardt

## Bundesrat

860. Sitzung des Bundesrates .....	2
Bundesratsbeschluss zur Einrichtung eines nationalen Waffenregisters.....	6
Bundesrat bittet Bundesregierung bei Datenabkommen um Nachverhandlung .....	8

## Wirtschaft und Hafen

Senat fördert Logistikkforschung .....	9
--	---

## Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Bramfelds Ortskern wird moderner und attraktiver.....	10
Planung für die Wasserkunst Kaltehofe steht .....	11

## Umwelt

Recycling-Offensive für den Klimaschutz.....	13
--	----

## Soziales, Gesundheit und Familie

Wichtige rechtsmedizinische Studie zu Verstorbenen.....	15
---	----

## Schule, Jugend und Berufsbildung

Engagierte jugendliche Gewinner beim Fairhandels-Designwettbewerb.....	16
Wie geht es weiter mit der Schulentwicklungsplanung?.....	18
Entwurf für Schulentwicklungsplan vorgestellt .....	19

## Wissenschaft und Forschung

Hamburger Lehrpreis erstmalig verliehen .....	22
---	----

## Kultur

Die Hamburger Sternwarte auf dem Weg zum Weltkulturerbe – die Sanierung des 1-Meter-Spiegelteleskop-Gebäudes geht voran.....	24
--	----

## Zur Information

Terminkalender .....	26
----------------------	----

# Pressestelle des Senats

9.7.2009/br09

**An der 860. Sitzung des Bundesrates am Freitag, 10. Juli 2009, nehmen Bürgermeister Ole von Beust, Senator Christoph Ahlhaus, Senator Dr. Till Steffen und Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann teil.**

Die Tagesordnung umfasst 93 Punkte.

## **Bundesrat berät die Einrichtung eines bundesweiten Waffenregisters**

Der Bundesrat berät in seiner morgigen Sitzung die Verschärfung des Waffenrechtes. Hierzu gehört insbesondere die Einrichtung eines bundesweiten elektronischen Waffenregisters bis 2012. Diese Forderung beruht auch auf einer Initiative Hamburgs im Bundesrat. Vorgesehen ist zudem, dass Behörden in Zukunft unangekündigt überprüfen dürfen, ob Waffenbesitzer ihre Waffen den Vorschriften entsprechend aufbewahren. Ein vorsätzlicher Verstoß gegen die Aufbewahrungspflichten soll zukünftig unter Strafe gestellt werden, wenn die Gefahr besteht, dass die Waffe abhanden kommt – zum Beispiel, indem andere, nicht berechnigte Menschen darauf zugreifen können. Darüber hinaus soll die Altersgrenze für das Schießen mit großkalibrigen Waffen auf 18 Jahre angehoben werden.

**Hamburgs Innensenator Christoph Ahlhaus:** „Deutschland hat bereits heute eines der strengsten Waffengesetze in Europa. Statt immer neuer Verbote ist es wichtig, vor allem die Möglichkeiten der Behörden zu verbessern, mit Hilfe modernster Technik so schnell wie möglich alle nötigen Informationen über die Waffe und ihre Besitzer zu erhalten. Daher fordere ich die möglichst schnelle Einführung eines modernen bundesweiten Waffenregisters. Hamburg stellt dafür gern sein Fachwissen über seine Zentrale Waffennachweisdatei ‚WANDA‘ zur Verfügung. Denn ein genauer und schneller Überblick über alle legalen Waffen ist der beste Weg, zu vermeiden, dass aus legalen Waffen irgendwann einmal illegale Waffen werden. Die Möglichkeit, alle Waffen eindeutig ihren Besitzern zuordnen zu können ist ein Sicherheitsgewinn für die Menschen in Deutschland – darunter insbesondere auch für unsere Polizei im Einsatzfall.“

## **Hamburg will Weitergabe sensibler Daten an die USA verhindern**

Hamburg stellt im Bundesrat Anträge mit denen das Abkommen zwischen den USA und Deutschland zur Weitergabe sensibler Daten zur Bekämpfung oder Verhinderung schwerwiegender Kriminalität verhindert werden soll. Nach diesem Abkommen dürften personenbezogene Daten, wie Rasse oder ethnische Herkunft, politische Anschauung, religiöse und sonstige Überzeugungen, die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft und Daten

zum Sexualleben, zwischen den USA und Deutschland ausgetauscht werden, wenn sie zur Bekämpfung oder Verhinderung schwerwiegender Kriminalität besonders relevant sind.

Hamburg hat gegen dieses Abkommen bereits im Rahmen einer Abfrage bei den Ländern durch die Ständige Vertragskommission datenschutzrechtliche Bedenken geäußert. Diese geht auf das von 1957 stammende Lindauer Abkommen zurück. Danach darf der Bund völkerrechtliche Verträge, die die Zuständigkeit der Länder berühren, nur dann abschließen, wenn alle Länder zustimmen.

**Hamburgs Justizsenator Dr. Till Steffen:** "Die Gefahrenabwehr fällt in die Zuständigkeit der Länder. Das Abkommen kann somit nur bei Zustimmung aller Länder in Kraft treten. Bisher wurde das Veto eines Landes von der Bundesregierung immer berücksichtigt. Es ist nicht nachvollziehbar, wie beispielsweise Daten zur sexuellen Orientierung oder zur Gewerkschaftszugehörigkeit, zur Verhinderung schwerwiegender Kriminalität beitragen können. Es ist auch nicht definiert, was schwere Straftaten sind und zudem haben die Betroffenen kein Recht auf Auskunft, Berichtigung oder Löschung von Daten."

### **Hamburg engagiert sich für den Ostseeraum**

Der Bundesrat wird morgen auf Initiative Hamburgs zu der EU-Ostseestrategie Stellung nehmen und dabei die Vorbildfunktion dieser bisher einzigartigen Form der Zusammenarbeit betonen, gleichzeitig aber auch noch einmal die wesentlichen Aspekte der Strategie unterstreichen. Dazu gehören konkrete Projekte wie bessere Verkehrsanbindungen in den Ostseeraum und der Ausbau der Hinterlandanbindung, aber auch strukturelle Aspekte wie die verstärkte Nutzung von Synergieeffekten und die vertiefte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung.

Die Strategie ist auf der Grundlage von umfassenden Konsultationen mit den Ostseeanrainern und Interessenträgern des Ostseeraums zustande gekommen. Die Strategie konzentriert sich auf die vier Pfeiler Umwelt, Wirtschaft und Wohlstand, Erreichbarkeit und Attraktivität sowie Sicherheit. Sie wird konkretisiert durch einen Aktionsplan, der die vier Pfeiler durch 15 Politikfelder mit 80 konkreten Projekten näher bestimmt. Die Strategie basiert auf dem Konzept der Eigeninitiative und verzichtet daher bewusst auf eine starke zentralisierende Rolle der EU-Kommission bei der Umsetzung. Für den Ostseeraum bietet sie einen strukturierten Rahmen, um Interessen zu bündeln, Synergien zu nutzen und vorhandene Kooperationsformen zu verbessern sowie neue zu entwickeln. Diese Art der strategischen Zusammenarbeit ist bisher einmalig in der EU und

wird mit großem Interesse von ähnlichen Makroregionen, beispielsweise der Donauregion, verfolgt.

Der Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund, bei der Europäischen Union und für Auswärtige Angelegenheiten **Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann**: „Die EU-Ostseestrategie zeigt, dass die Europäische Union kein zentralistisches Bürokratiemonster ist, sondern eine aktive Gemeinschaft, in der jeder mitgestalten und mit seinem eigenen Einsatz Einfluss auf die Zukunft nehmen kann. Hamburg hat sich daher nicht nur aktiv am Konsultationsprozess beteiligt und seine Interessen in die Entwicklung der Strategie einfließen lassen, sondern wird sich auch bei der Umsetzung engagieren. Daher übernehmen wir die Koordinierung des Politikbereichs „Bildung“ aus dem Aktionsplan.“

### **Rechtssicherheit für Behandlung Schwerstabhängiger mit Diamorphin**

Die Behandlung mit synthetisch hergestelltem Heroin – dem sogenannten Diamorphin – wird voraussichtlich morgen im Bundesrat eine gesetzliche Grundlage erhalten. Diamorphin wird als verschreibungsfähiges Medikament eingestuft und damit eine weitere Behandlungsoption ermöglicht. Sobald auch die Kostenübernahme der gesetzlichen Krankenversicherung für die Behandlung geklärt ist, könnte Diamorphin künftig auch außerhalb der bisherigen Modellprojekte zur Substitutionsbehandlung eingesetzt werden. Damit wird eine bundesweite Regelung geschaffen, die Hamburg bereits 2007 in einer Initiative angestrebt hatte. Die Diamorphinbehandlung von Drogenabhängigen ist für einige Schwerstabhängige die letzte Chance, in ein geregeltes Leben zurückzufinden. Seit Herbst 2002 werden Schwerstdrogenabhängige im Rahmen eines Bundes-Modellprojektes in sieben Großstädten, unter anderem in Hamburg, mit Diamorphin behandelt. Hamburg hat damit gute Erfahrungen gemacht.

### **Hamburg für Modernisierung der Fahrzeugzulassung**

Der Bundesrat entscheidet auch über eine Modernisierung der Fahrzeugzulassung. Bei der An-, Um- und Abmeldung von Kraftfahrzeugen entfällt der Weg zur Zulassungsstelle. Halter können die nötigen Anträge im Internet stellen, Fahrzeugdokumente und -kennzeichen werden ihnen zugesandt. Die neuen Verfahren sollen zunächst in ausgewählten Kommunen erprobt werden. Der herkömmliche Weg, die Zulassungsbehörde persönlich aufzusuchen, bleibt daneben unverändert erhalten. Das Projekt wurde unter Leitung von Hamburgs Finanzbehörde entwickelt. Hamburg gehört auch zu den Städten, in denen die erleichterte Fahrzeugzulassung erprobt werden soll. Auch für die Verwaltung werden Entlastungen beispielsweise bei der Datenverarbeitung eintreten. Bund und Länder wollen möglichst viele

Serviceleistungen der öffentlichen Verwaltung bürgernah auch im Internet anbieten. Die neuen Zulassungsverfahren passen perfekt zu dieser Strategie.

### **Hamburg begrüßt Einheitlichen Europäischen Luftraum (Single European Sky)**

Der Bundesrat wird mit Unterstützung Hamburgs die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für einen Einheitlichen Europäischen Luftraum (Single European Sky) schaffen, die Möglichkeiten zur Wahrnehmung von Aufgaben der Flugsicherung durch grundsätzlich jede nach dem EG-Recht zugelassene Flugsicherungsorganisationen eröffnet. Außerdem wird der Bundesrat das Gesetz zur Errichtung eines Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung verabschieden. Damit wird die rechtliche Grundlage für die Errichtung eines Bundesaufsichtsamtes als eigenständige nationale Aufsichtsbehörde für die Flugsicherung geschaffen. Umgesetzt wird damit auch die nach europarechtlichen Vorgaben gebotene Trennung operativer und regulativer Aufgaben im Bereich der Flugsicherung.

### **Besserer Lärmschutz im Flughafengebiet**

Der Bundesrat befasst sich am Freitag mit der zweiten Flugplatz-Schallschutzmaßnahmenverordnung. Mit dieser werden die Anforderungen an die Qualität des baulichen Schallschutzes von Wohnungen und schutzbedürftigen Einrichtungen im von Fluglärm belasteten Umland der größeren Flugplätze festgesetzt. Die Verordnung soll Klarheit über den erforderlichen Schallschutz von Gebäuden schaffen. Nach den Vorgaben des im Jahr 2007 grundlegend novellierten Fluglärmgesetzes werden von den Ländern neue Lärmschutzbereiche für etwa 50 größere zivile und militärische Flugplätze in Deutschland festgelegt. Wegen des Fluglärms gelten in den Lärmschutzbereichen Baubeschränkungen für Wohnungen und schutzbedürftige Einrichtungen. Für bereits vorhandene Wohnungen und Einrichtungen besteht ein Anspruch auf Kostenerstattung für die Durchführung von baulichen Schallschutzmaßnahmen.

Mit einem Antrag setzt Hamburg sich dafür ein, dass in Anbetracht der Beeinträchtigung der natürlichen Luftzufuhr durch bauliche Schallschutzmaßnahmen in Aufenthaltsräumen mit sauerstoffverbrauchenden Energiequellen wie z.B. Gasherden oder Kaminen und solchen für eine größere Zahl von Personen der Einbau von Belüftungseinrichtungen vorzusehen ist.

#### **Für Rückfragen:**

**Sabine Spitzer, Koordinierung Bundesrat, Presse**  
**Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund**  
Tel. 0 30 – 2 06 46-109 <http://www.hamburg.de/landesvertretung/>

10. Juli 2009 / bfi10

## **Innensenator Christoph Ahlhaus begrüßt den Bundesratsbeschluss zur Einrichtung eines nationalen Waffenregisters**

Der Bundesrat hat heute Verschärfungen im Waffenrecht beschlossen, an denen Hamburg maßgeblich mitgewirkt hat. Hierzu gehört insbesondere, bis Ende 2012 ein Nationales Waffenregister einzurichten, in dem bundesweit Daten zu Schusswaffen und ihren Besitzern elektronisch erfasst und abrufbar sind. Diese Regelung beruht auch auf einer Initiative Hamburgs im Bundesrat, der daraufhin die schnellstmögliche Einführung eines computergestützten, nationalen Waffenregisters gefordert hatte. Hamburg hat im April 2009 den Aufbau eines hochmodernen zentralen Waffenregisters vollständig abgeschlossen. In der Hamburger Waffennachweisdatei (WANDA) sind alle legalen Waffenbesitzer, alle legalen Waffen und alle waffenrechtlichen Erlaubnisse für Hamburg umfassend aktualisiert und zentral erfasst.

Dazu **Hamburgs Innensenator Christoph Ahlhaus am heutigen Freitag** im Bundesrat: „Ich begrüße es ausdrücklich, dass der Bundesrat heute beschlossen hat, das bundesweite Waffenregister zwei Jahre schneller einzuführen, als es die Europäische Union fordert. Ein modernes Waffenregister, bei dem wir auf Knopfdruck alle wichtigen Informationen über die Waffe und den Besitzer erhalten, bringt einen deutlichen Sicherheitsgewinn für die Menschen in Deutschland, aber auch mehr Sicherheit für unsere Polizisten im Einsatz. Hamburg ist bereit, sein Know-how für das künftige nationale Waffenregister zur Verfügung zu stellen.“

Nach dem Beschluss des Bundesrates sollen zudem die zuständigen Behörden in Zukunft unangekündigt überprüfen dürfen, ob Waffenbesitzer ihre Waffen den Vorschriften entsprechend aufbewahren. Ein vorsätzlicher Verstoß gegen die Aufbewahrungspflichten soll zukünftig unter Strafe gestellt werden, wenn die Gefahr besteht, dass die Waffe abhanden kommt – zum Beispiel, indem andere, nicht berechnigte Menschen darauf zugreifen können.

**Innensenator Christoph Ahlhaus:** „Die Waffenbehörden brauchen diese zusätzlichen Möglichkeiten, um in bestimmten Fällen schnell und effektiv handeln zu können und damit Leib und Leben zu schützen. Hierbei geht es keinesfalls um eine flächendeckende Kontrolle unbescholtener Bürger, sondern um wirkungsvolle Überprüfungen von Waffenbesitzern in besonders gelagerten Einzelfällen mit Augenmaß.“

### Weitere Hintergrund-Informationen:

Durch die EU-Waffenrichtlinie wird Deutschland ohnehin verpflichtet, bis zum 31. Dezember 2014 ein computergestütztes zentrales oder dezentrales Waffenregister einzurichten. Dabei kann Hamburgs Waffennachweisdatei (WANDA) bereits heute sehr viel mehr als die Europäische Union für ein deutschlandweites Registersystem vorschreibt. In der Hamburger Datei werden auch Waffen- und Munitionsbesitzverbote gespeichert, so dass die Polizei in die Lage versetzt wird, entsprechende Verstöße auch bei Kontrollen aus anderem Anlass – etwa bei Verkehrskontrollen – festzustellen. WANDA entspricht damit den höchsten Sicherheitsstandards und setzt bundesweit Maßstäbe. Die Hamburger Polizei kann bei ihren Einsätzen jederzeit auf Knopfdruck die umfassenden Daten abrufen. Waffenrechtliche Verstöße sind leichter festzustellen, und für die Einsatzkräfte werden die Möglichkeiten der Eigensicherung deutlich verbessert.

### **Für Rückfragen:**

Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Marco Haase, Tel. 040 – 42839-2673 oder 42839-2678

Fax 040 – 42839-2797; E-Mail: [pressestelle@bfi-a.hamburg.de](mailto:pressestelle@bfi-a.hamburg.de)

Internet: [www.hamburg.de/innenbehoerde](http://www.hamburg.de/innenbehoerde)

10. Juli 2009/jb10

## **Bundesrat bittet Bundesregierung bei Datenabkommen um Nachverhandlung**

### **Initiative aus Hamburg erfolgreich**

**Ein Antrag aus Hamburg, in dem die Bundesregierung gebeten wird, Nachverhandlungen über ein Datenabkommen zwischen der Bundesrepublik und den USA aufzunehmen, war heute im Bundesrat erfolgreich. Das Abkommen regelt den Austausch von Daten und Fingerabdrücken zwischen den Sicherheitsbehörden beider Staaten.**

Das bereits im vorigen Jahr abgeschlossene Abkommen, ist seit zwar heute seiner Ratifizierung einen Schritt näher gekommen, da der Bundesrat gegen das vom Bundestag beschlossene Ratifizierungsgesetz keinen Einspruch eingelegt hat. Dem Wirksamwerden des Abkommens steht aber noch der Widerspruch Hamburgs entgegen, das in der Ständigen Vertragskommission der Länder seine Zustimmung zum Abkommen versagt hat. Vor diesem Hintergrund hat der Bundesrat heute die Bundesregierung um Nachverhandlungen gebeten. Gefordert wurde die Aufnahme verbindlicher Definitionen der Begriffe „schwerwiegende Kriminalität“ und „terroristische Straftaten“, bei deren Vorliegen die Datenübermittlung möglich sein soll. Auch die übermittelten Datenkategorien (z. B. Daten zur Gewerkschaftsmitgliedschaft, zur Gesundheit und zum Sexualleben) sollen überarbeitet werden. Insgesamt bedarf es nach der Entschließung des Bundesrats einer Verbesserung des Datenschutzniveaus z. B. im Hinblick auf Auskunfts-, Berichtigungs- und Lösungsansprüche.

**Justizsenator Dr. Till Steffen:** „Es geht uns nicht um eine absolute Verhinderung der Datenübermittlung zur Terrorbekämpfung. Für die Datenübermittlung in die USA müssen aber bestimmte Datenschutzstandards erreicht werden. Als über dieses Abkommen verhandelt wurde, hieß der Präsident der Vereinigten Staaten noch Georg W. Bush. Der Regierungswechsel in den USA bietet nun große Aussichten, dass Nachverhandlungen über die genannten Punkte erfolgreich geführt werden könnten.“

#### Für Rückfragen:

Thorsten Fürter, Justizbehörde Hamburg  
Pressesprecher und Referent für Öffentlichkeitsarbeit  
Telefon: 040-42843-3143 Mobil: 0172-4327953 Email: [thorsten.fuerter@justiz.hamburg.de](mailto:thorsten.fuerter@justiz.hamburg.de)



9. Juli 2009/bwa09

## Zukunftstechnologie als Mittel gegen die Krise

### Senat fördert Logistikforschung

Hamburg ist einer der bedeutendsten Logistikstandorte Europas. Um auch die Rolle Hamburgs als Logistikforschungsstandort zu stärken, fördert die Behörde für Wirtschaft und Arbeit im Rahmen der Logistik-Initiative Hamburg das Hamburger Logistik Institut (HLI) bei der Erforschung des Zukunftsfeldes RFID (Radio Frequency Identification) mit 1,2 Millionen Euro in den nächsten Jahren.

RFID ist die Fortentwicklung des Barcodes für das 21. Jahrhundert. Die RFID-Etiketten können vielfältige Informationen über das jeweilige Produkt und seinen Transportweg sammeln und speichern. In der Praxis können so über Funkschnittstellen die verschiedenen Waren in einer Verpackungseinheit erkannt werden – ohne diese öffnen zu müssen. Da der Einsatz von RFID noch nicht unter allen Umständen und in allen Umfeldern funktioniert, ist der Bedarf zur weiteren Erforschung gegeben, um die Technik - insbesondere auch für Kleine und Mittlere Unternehmen einsetzbar zu gestalten. Dieses Ziel verfolgt das HLI, hinter dem mit Prof. Blecker und Prof. Kontny namhafte Professoren verschiedener Hamburger Hochschulen stehen.

**Wirtschaftssenator Axel Gedaschko:** „Die Förderung von Hochtechnologie dient der Schaffung von zukunftsfähigen und sicheren Arbeitsplätzen, dies ist insbesondere in wirtschaftlichen Krisenzeiten notwendig.“

#### Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: (040) 42841-1627

Email: [pressestelle@bwa.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwa.hamburg.de)

Internet: [www.hamburg.de/bwa](http://www.hamburg.de/bwa)

9. Juli 2009/bzw09

## **Bramfelds Ortskern wird moderner und attraktiver**

### **Der Neubau des Einkaufszentrums startet – auch die Neugestaltung des Marktplatzes ist vorgesehen**

Die Vorbereitungen für den Baustart des neuen Einkaufszentrums in Hamburg Bramfeld laufen auf Hochtouren: Vorbereitende Maßnahmen zur Erstellung der Baugrube haben bereits im Mai diesen Jahres begonnen, die Tiefbauarbeiten starten am heutigen Tage. Im Frühjahr 2011 schließlich soll das moderne, auf die Bedürfnisse in Bramfeld abgestimmte Einkaufszentrum eröffnen. Auf einer Fläche von ca. 19.500 qm werden über 60 Fachgeschäfte das Nahversorgungsangebot ergänzen und ausbauen. Das neue Einkaufszentrum wird ein wesentlicher Baustein zu einem modernen und attraktiven Ortskern. Investor und damit Bauherr des über 80 Millionen Euro teuren Projektes ist ein Joint Venture aus der MATRIX Immobilien AG, der VIVUM GmbH und der Unternehmensgruppe Hermann Friedrich Bruhn.

Der Bezirk Wandsbek wird als weiteren zentralen Schritt zur Revitalisierung des Ortskerns den Bramfelder Marktplatz nach den Plänen der Büros Studio UC Urban Catalyst aus Berlin und Kunst + Herbert Architekten für rund 2,3 Millionen Euro neu gestalten. Die Erneuerung der Platz- und Grünflächen soll im Frühjahr 2010 beginnen und bis zur Fertigstellung des Einkaufszentrums abgeschlossen sein.

Bezirksamtsleiterin Cornelia Schroeder-Piller: „Der Neubau des Einkaufszentrums Bramfeld und die Umgestaltung des Bramfelder Marktplatzes zeigen, wie durch das Zusammenspiel von privaten Investoren und öffentlicher Verwaltung der Ortskern Bramfeld wirtschaftlich gestärkt wird und an Attraktivität gewinnt. Dies wird ein Ort werden, an dem die Bramfelderinnen und Bramfelder sich gern aufhalten und einkaufen werden.“

Rückfragen:

Bezirksamt Wandsbek, Pressestelle,  
Schloßstraße 60, 22041 Hamburg,

Tel.: 040 42881 – 3018, E-Mail: [pressestelle@wandsbek.hamburg.de](mailto:pressestelle@wandsbek.hamburg.de)

10. Juli 2009



## Planung für die Wasserkunst Kaltehofe steht

### Bauarbeiten beginnen Ende des Jahres 2009

**Ende 2007 wurde der Masterplan für die Nutzung der Halbinsel Kaltehofe – gelegen in Rothenburgsort zwischen Norderelbe und Billwerder Bucht – vorgestellt. Jetzt sind die Planungen für die Gebäude und die Flächennutzung der Wasserkunst abgeschlossen. Der Bau beginnt im Winter 2009 – im Sommer 2010 ist Eröffnung. Damit wird die erste Hamburger Wasserfiltrationsanlage als kulturhistorisches Naturdenkmal für die Öffentlichkeit erschlossen.**

Seit 1990 ist die 45 ha große Elbinsel ungenutzt und bietet mit den verwilderten Anlagen einen Lebensraum für zahlreiche Tierarten. Zuvor bereiteten hier die Hamburger Wasserwerke in 22 Becken zunächst Elb- und ab 1964 ausschließlich Grundwasser auf. Auf 14,3 Hektar des Geländes erstreckt sich künftig die Wasserkunst Kaltehofe. Das restliche Gelände wird als Rückzugsgebiet für Tier- und Pflanzenwelt belassen.

„Die Hamburger kriegen ein neues Ausflugsziel, in der Natur und nah am Wasser und dennoch dicht am Stadtzentrum. Kaltehofe ist ebenso attraktiver Naturraum und spannendes Industriedenkmal zugleich. Für die zukünftige Nutzung wurde besonders streng auf die Einhaltung des Naturschutzes geachtet und eine nachhaltige Nutzung Kaltehofes für Mensch und Natur ermöglicht“, sagte Umweltstaatsrat Christian Maaß bei der heutigen Vorstellung der Umbaupläne.

„Hier in Rothenburgsort liegt die Wiege der Hamburger Wasserversorgung. Und bis heute organisieren wir hier von diesem Standort die Versorgung der Hamburger mit Trinkwasser. Das historische Gelände Kaltehofe als Kulturdenkmal für die Stadt und Anwohner hier vor Ort zu erhalten und nutzbar zu machen liegt uns deshalb ganz besonders am Herzen“, so Dr. Michael Beckereit, Geschäftsführer von HAMBURG WASSER.

Die Pläne für den Ausbau der Elbinsel wurden im Anschluss an die Vorstellung des Masterplans vom Architektenbüro Heller im Auftrag von HAMBURG WASSER weiterentwickelt. Dabei wurden im Sinne des zugrundeliegenden Agenda-21-Prozesses öffentliche Anregungen soweit wie möglich berücksichtigt. Monika Mura von der

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald: „Kaltehofe ist ein Beispiel für eine durch und durch erfolgreiche Bürgerbeteiligung. Alle Ziele sind erreicht worden: Naturerhalt, Verhinderung des Durchgangsverkehrs, Wiederherstellung und Erlebbarkeit des historischen Wasserwerks. Der Einsatz der vielen Aktiven hat sich gelohnt.“

Zur ursprünglichen Planung Masterplans neu hinzugekommen ist ein rechteckiges Gebäude, das hinter der bestehenden Villa aus dem 19. Jahrhundert inmitten eines Wasserbeckens errichtet wird. Durch einen außenliegenden Vorhang aus Wasser entsteht der Eindruck, das Gebäude würde aus dem Becken auftauchen. Der Innenraum des Neubaus dient als multifunktional nutzbarer Ausstellungs- und Vorfühungsraum. Neu ist ebenfalls, dass der Turm der Villa mit einer Aussichtsmöglichkeit versehen wird, die den Besuchern einen Blick über das gesamte Areal ermöglicht. Mit Aussichtsturm in der Villa wurde eine Lösung gefunden, die sich harmonisch in das historische und natürliche Gesamtbild des Geländes einfügt.

„Das Vorhaben auf der Halbinsel Kaltehofe wird ein neuer Anziehungspunkt im Bezirk Mitte. Damit wird der Stadtteil Rothenburgsort aufgewertet. Und das Schönste: Es wird ein funktionierendes Zusammenspiel von Ausflugstourismus und Umwelt- und Naturschutz geben. Was uns sehr wichtig war“, so Markus Schreiber, Leiter des Bezirksamts Mitte.

**Kontakte:**

**Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,**

Björn Marzahn, 040-428.40-3063, [bjoern.marzahn@bsu.hamburg.de](mailto:bjoern.marzahn@bsu.hamburg.de)

**HAMBURG WASSER,**

Carsten Roth, 040-7888-2388, [carsten.roth@hamburgwasser.de](mailto:carsten.roth@hamburgwasser.de)

7. Juli 2009/bsu07

## Recycling-Offensive für den Klimaschutz

### 100.000t CO<sub>2</sub> pro Jahr durch mehr Wertstoffsammlung einsparen

Mit dem Ausbau der Mülltrennung und einer besseren Verwertung von Biomüll will die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis zum Jahr 2012 um jährlich 100.000 Tonnen senken. Hierzu sollen die Sammelmengen der blauen Altpapier- sowie der grünen Biotonne erhöht und aus Bioabfällen Biogas erzeugt werden. Über die Gelbe Tonne sollen künftig neben Verpackungsmaterial, auch andere Kunststoffe und Metalle gesammelt und anschließend effizient recycelt werden. Auch die Altglassammlung soll optimiert werden. Christian Maaß, Umweltstaatsrat der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, sagte: „Viele Hamburger sammeln bereits Papier, Glas oder andere Wertstoffe, aber im Vergleich zu anderen Großstädten müssen wir besser werden, um eine würdige Umwelthauptstadt Europas zu werden.“ Gemeinsam mit der Stadtreinigung Hamburg will daher die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

- **die Sammelmenge von Altpapier um 30.000 Tonnen pro Jahr erhöhen.** Das entspricht einem Zuwachs von ca. 30 Prozent. Die Sammlung von Altpapier über die Blaue Tonne wird von der Stadtreinigung Hamburg seit Mitte letzten Jahres für alle Haushalte gebührenfrei angeboten. Seit April 2008 wurden in Hamburg 93.500 neue Blaue Tonnen bestellt und ausgeliefert. Damit sind insgesamt fast 380.000 Haushalte angeschlossen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die Nutzer der Blauen Tonnen deutlich mehr Altpapier sammeln als die Nutzer der Depotcontainer. Um die angestrebte Mengensteigerung um jährlich 30.000 Tonnen Altpapier zu erreichen, müssten allerdings rechnerisch noch 280.000 Haushalte zusätzlich angeschlossen werden.
- **die Menge getrennter Bioabfälle um 20.000 Tonnen pro Jahr maximieren.** Das entspricht einer Anhebung von 70 Prozent. Die Biotonne wird bisher nur in Teilen des Stadtgebiets angeboten. Dieses Angebot soll deutlich ausgeweitet werden
- **gleichzeitig soll aus den Bioabfällen vor ihrer Kompostierung Biogas erzeugt werden.** Dazu soll auch eine neue Vergärungsanlage errichtet werden.
- **die Sammelmenge von Altglas um 15 Prozent steigern,** was einer Anhebung von 5.000 Tonnen Altglas pro Jahr entspricht. Die Stellplätze für Altglascontainer und die Versorgung der Wohnungswirtschaft mit haushaltsnahen Glasbehältern sollen optimiert werden. Geplant sind darüber hinaus in Einzelfällen auch so genannte Unterflurcontainer.

- **die Sammelmenge recyclingfähiger Verpackungen und Materialien um 12.000 Tonnen pro Jahr erhöhen** und damit um 40 Prozent steigern. Hierzu sollen in der „Hamburger Wertstofftonne“ Verpackungen gemeinsam mit Kunststoffen und Metallen gesammelt werden können. Dies setzt jedoch noch juristische Klärungen und entsprechende Absprachen mit den privaten Betreibern Dualer Systeme voraus.

#### **Hintergrund:**

Im Auftrag der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt hat das Freiburger Öko Institut ein Gutachten über Klimaschutz-Potenziale im Abfallbereich erstellt. Das Ergebnis der Untersuchung war, dass eine sorgfältigere Mülltrennung und eine optimierte energetische Nutzung von Bioabfällen mit relativ geringem Aufwand erhebliche Verbesserungen des Klimaschutzes mit sich bringen würden. Hamburg ist bereits 1999 aus der klimaschädlichen Abfall-Deponierung ausgestiegen und entsorgt seinen Restmüll in vier hochwertigen Müllverbrennungsanlagen.

Durch den Ausbau von Wertstofffassungssystemen wie der Blauen Tonne und der Biotonne soll den Hamburgern die Mülltrennung möglichst leicht gemacht werden. Das gilt auch für die Erfassung von Verpackungsmaterialien. Die Sammlung von Altpapier über die Blaue Tonne wird von der Stadtreinigung Hamburg seit Mitte letzten Jahres für alle Haushalte gebührenfrei angeboten.

Das Recycling einer Tonne **Altpapier** bedeutet eine Einsparung von etwa 1,5 t CO<sub>2</sub> gegenüber dem Verbleib im Restmüll und dessen Verbrennung. Und das, obwohl selbst dieser Restmüll in Hamburgs modernen Müllverbrennungsanlagen zur Strom- und Fernwärmeerzeugung genutzt wird und dabei klimaschädliche fossile Brennstoffe konventioneller Kraftwerke ersetzt. Beim Einsatz von Altpapier werden gegenüber der Gewinnung und dem Einsatz von Primärfasern nur rund ein Drittel der Wassermenge und der Energie benötigt.

Aus **Bioabfällen** wird wertvoller Kompost gewonnen. Zukünftig könnte aus Bioabfällen vor der Kompostierung noch durch Vergärung Biogas erzeugt werden. Das Recycling von **Altglas** spart gegenüber der Produktion von Glas aus Primärrohstoffen 60% Energie. Durch das Recycling von **Verpackungen** (Kunststoffe, Metalle und Verbundmaterialien) werden bis zu 1kg CO<sub>2</sub>- pro kg Verpackungsmaterial vermieden.

#### Für Rückfragen:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt  
Pressestelle, Tel.: 040 428 40 – 3063 od. -2058 od. -2051

08. Juli 2009/bsg08

## Wichtige rechtsmedizinische Studie zu Verstorbenen

### **Sozialbehörde: Gemeinsame Bewertung der Ergebnisse**

Heute hat das Rechtsmedizinische Institut des UKE unter Leitung von Prof. Dr. Püschel eine Studie zur Pflegesituation verstorbener Seniorinnen und Senioren aus Hamburg und dem Hamburger Umland veröffentlicht. Es handelt sich um die zweite Studie ihrer Art, in der der körperliche Zustand von verstorbenen Seniorinnen und Senioren bewertet wird. Die Hamburger Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz dankt Prof. Dr. Püschel und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Durchführung der Studie. Auch wenn die Ergebnisse im Zeitverlauf wegen unterschiedlicher Untersuchungsmaßstäbe nicht vergleichbar sind, sind sie wichtig, um die Qualität der Pflege und der ärztlichen Versorgung von älteren Menschen genauer bewerten und weiter verbessern zu können. Hierzu ist im nächsten Schritt eine gemeinsame Reanalyse mit denjenigen erforderlich, die die Verstorbenen zu deren Lebzeiten betreut und gepflegt haben, das heißt mit Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen sowie Ärzten der ambulanten Versorgung.

Insbesondere die Studienergebnisse zu Druckgeschwüren (Dekubitus) und zur zahnärztlichen Versorgung bedürfen eingehender Betrachtung. Druckgeschwüre sind ein Alarmzeichen, gleichwohl wird ihr Auftreten nicht immer komplett vermeidbar sein. Auch ist ein Vergleich der aktuellen und der früheren Studienergebnisse zu Druckgeschwüren nicht uneingeschränkt möglich, da früher alle Verstorbenen untersucht wurden, aktuell aber nur die über 60jährigen. Die in der Studie getätigten Aussagen zum Zahnstatus der untersuchten Verstorbenen bedürfen ebenfalls einer tiefer gehenden Beleuchtung. So bedeutet das Fehlen einer Prothese bei einer Leiche nicht zwangsläufig, dass die Person keine Prothese hatte. Das Fehlen kann darüber hinaus zum Beispiel auch durch Krankheiten oder ablehnendes Verhalten begründet sein. Um oberflächliche oder vorschnelle Urteile zu vermeiden, die niemandem helfen, befürwortet die Sozialbehörde eine gemeinsame Bewertung und Re-Analyse der Daten.

#### **Für Rückfragen der Medien:**

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz  
Jasmin Eisenhut

Tel.: 42863-28 89, E-Mail: [pressestelle@bsg.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsg.hamburg.de), Internet: [www.hamburg.de/bsg/](http://www.hamburg.de/bsg/)

Hamburg, 07. Juli 2009/pr07



hamburg mal fair

## Engagierte jugendliche Gewinner beim Fairhandels-Designwettbewerb

### Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch lobte Kreativität und Engagement der Teilnehmer

#### Jetzt sucht die Stadt junge Botschafter für den Fairen Handel

Fair sein – oder Design? Das ist nach dem 1. Designwettbewerb für Hamburger Schulen zum Fairen Handel nicht mehr die Frage. 120 Schülerinnen und Schüler von 13 Hamburger Schulen haben mit ihren trendigen Entwürfen bewiesen: Design kann fair sein. Und fair sein ist Trend. Mit fair gehandelten Klamotten zeigen Jugendliche sich gern - vor allem, wenn die auch noch so cool aussehen wie die preisgekrönten Entwürfe.

„Die Jugendlichen zeigen mit ihren kreativen Arbeiten, wie gut Stil und Inhalt verbunden werden können“, sagte Hamburgs Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch. „Die Hamburger Schülerinnen und Schüler sind sich der Fairness und Verantwortung gegenüber Menschen in anderen Ländern bewusst. Darüber freue ich mich ganz besonders.“

Der erste Preis geht an Alexander Seidel, Schüler der 12. Klasse der Wichernschule. Seinem Motiv, einer ockerfarbenen Tasche, aus der sich ein schwarzes Wollknäuel heraus wickelt, traute die Jury um die Moderatorin Julia Westlake und die Designerin, Künstlerin und Professorin an der Hochschule für angewandte Wissenschaften, Renata Brink sogar zu, ein Verkaufsschlager zu werden. Die Tasche stehe „für den Konsum, das Tragen in seiner vielschichtigen Bedeutung“, heißt es in der Begründung der Jury, der schwarze Wollfaden symbolisiere „Verwicklungen und Härte des Handels“. Gestaltung und Farben seien „trendy und stylish“. 100 T-Shirts mit dem Gewinnermotiv können für 14.90 € im Süd-Nord-Kontor (Stresemannstr. 374, Altona), bei der Neueröffnung des Weltladen Osterstraße (ab 11.Juli, Osterstraße 171, Eimsbüttel) und online unter [www.pan-germany.org](http://www.pan-germany.org) erstanden werden. Der Erlös kommt dem Fairen Handel zugute.

Den zweiten Platz machten drei Schülerinnen der Gewerbeschule für Holztechnik, Textil und Bekleidung mit einem symbolträchtigen roten Faden, der sich in Form der Hamburger Skyline durchs Bild zieht. Dritte wurde Janina Padrock von der Wichernschule mit einem Hamburger Wasserträger, der einer afrikanischen Frau die Hand reicht, „ein Handel in Augenhöhe“, wie die Jury urteilte.

Auf die Gewinner warten Schnupperpraktika bei der Designagentur Delikatessen, von der die ursprünglichen Motive auf den T-Shirts stammen, sowie bei der Finkenwerder Druckerei



„Gräserdruck“, die einen Teil des Drucks der Gewinnermotive auf öko-faire T-Shirts sponsert und ausschließlich mit ökologischen Farben arbeitet.

„Gewonnen haben bei dieser Aktion aber letztlich alle“, sagte Dr. Friderike Seithel, Koordinatorin der Aktion „hamburg mal fair“. „Die Schülerinnen und Schüler, deren Werke hier alle ausgestellt wurden, die Arbeiterinnen und Arbeiter auf den Baumwollplantagen und die Näherinnen in den Textilfabriken mit ihren Familien. Aber auch die Hamburger, die mit ihrem Kauf der T-Shirts dazu beitragen können, dass die Wichtigkeit eines von Fairness geprägten weltweiten Handels sich tief ins Bewusstsein aller einprägt.“ Die Aktion „hamburg mal fair“ geht damit erfolgreich ins vierte Jahr. Angefangen hatte alles mit fair gehandelten Fußbällen zur WM 2006. Im Jahr 2007 gab es die „Lizenz zum Fair-Naschen“ mit Schokoagenten und fair gehandelter Schokolade. 2008 wurden die fairen Hamburg-T-Shirts entworfen, die über das Süd-Nord-Kontor und Hamburger Weltläden vertrieben werden. Im Jahr 2009 kam der neue Apfel-Mango-Saft hinzu, der mit Äpfeln aus der Region und Mango - Püree von den Philippinen die Aspekte fair, ökologisch und regional verdeutlicht. Vier Projekte, die Schule machen sollen, wie Friderike Seithel verkündet: „Ab sofort suchen wir engagierte Jugendliche, die wir als Botschafterinnen und Botschafter des Fairen Handels ausbilden und mit denen wir gemeinsam ein Jahr lang kreative Ideen umsetzen wollen.“  
Bewerben können sich interessierte Schüler- und Konfirmandengruppen (ab 15 Jahren).

Zum Aktionsbündnis „hamburg mal fair“ gehören der Verein Mobile Bildung, die Kampagne für Saubere Kleidung, das Eine Welt Netzwerk Hamburg, das Pestizid Aktions-Netzwerk, das Süd-Nord-Kontor, die Arbeitsstelle Weitblick und der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg.

Kontakt / Informationen:

hamburg mal fair c/o Mobile Bildung e.V.  
Ansprechperson: Friderike Seithel  
Stresemannstraße 374, 22761 Hamburg  
Fon: 040 – 896079 / Fax: 040 – 8997452  
Mobile: 0162-9231235  
Mail: [info@hamburgmalfair.de](mailto:info@hamburgmalfair.de) / Web: [www.hamburgmalfair.de](http://www.hamburgmalfair.de)

Für Rückfragen:

Pressestelle des Senats, Simone Ollesch,  
Telefon: (040) 42831-2155, E-Mail: [simone.ollesch@sk.hamburg.de](mailto:simone.ollesch@sk.hamburg.de)

**Das T-Shirt mit dem Gewinnermotiv des Design-Wettbewerbs sowie die T-Shirts der hmf-Kollektion sind zu bestellen unter: [www.pan-germany.org](http://www.pan-germany.org)**

8. Juli 2009/bsb08

## Wie geht es weiter mit der Schulentwicklungsplanung?

### Neunter Schulbrief verschickt

In Ihrem neunten Schulbrief hat Senatorin Christa Goetsch die Hamburger Schulen darüber informiert, wie das weitere Verfahren zur Fertigstellung eines Schulentwicklungsplans für die Jahre 2010-2017 aussieht. Ein Entwurf für den Schulentwicklungsplan wird morgen öffentlich vorgestellt und ab Mittag im Internet veröffentlicht werden ([www.schulreform.hamburg.de](http://www.schulreform.hamburg.de)). Der Schulentwicklungsplan wird nach Stellungnahmen der schulischen Gremien, der Kreiselternräte, der Kreisschülerräte und der Bezirksversammlungen voraussichtlich im November dieses Jahres beschlossen werden.

Abweichend von der Pressemitteilung vom 1. Juli 2009 werden zum Schuljahr 2010/11 24 statt 23 „Starterschulen“ gleichzeitig mit der vierten und der fünften Jahrgangsstufe als Primarschule starten. Auch in der Schule Weusthoffstraße hatte sich eine ausreichende Zahl von Eltern der jetzigen Drittklässler im Rahmen des vorgegebenen Verfahrens für die Einrichtung von fünften Klassen ausgesprochen.

Rückfragen:

Brigitte Köhnlein  
Pressestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung  
040.42863.2003  
0172.4247071  
[brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de](mailto:brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de)

9. Juli 2009/bsb09

## Entwurf für Schulentwicklungsplan vorgestellt

Die Senatorin für Schule und Berufsbildung Christa Goetsch hat heute den Entwurf für einen Schulentwicklungsplan 2010 – 2017 vorgestellt, der auf Basis der Empfehlungen der Schulentwicklungskonferenzen erarbeitet wurde. Damit wird nach dem Schulgesetz und den Rahmenkonzepten eine weitere Grundlage für die geplante Schulreform vorgelegt. Der Entwurf ist unter [www.schulreform.hamburg.de](http://www.schulreform.hamburg.de) vollständig im Netz veröffentlicht. In rund 70 Prozent der Fälle ist die Behörde den Empfehlungen der betreffenden Regionalen Schulentwicklungskonferenz (RSK) vollständig gefolgt. In rund 22 Prozent wurde eine der empfohlenen Alternativen übernommen. Christa Goetsch: „Es hat sich gelohnt, die Ideen und die Kenntnisse von Eltern, Schülerinnen und Schülern, der Schulleitungen, Lehrkräfte und vieler weiterer lokaler Akteure in die Planung einzubeziehen. Die Regionalen Schulentwicklungskonferenzen haben hervorragend gearbeitet, ihre Empfehlungen waren eine ausgezeichnete Planungsgrundlage für die Erstellung des Schulentwicklungsplans.“

In rund 8 Prozent der Fälle wurde ein RSK-Vorschlag modifiziert, zum Beispiel in Bezug auf die Zahl der Parallelklassen an einer Schule oder die Art der Verteilung der Klassenstufen auf verschiedene Standorte. Zum Teil wurden bei weit auseinander liegenden Empfehlungen Kompromisse gefunden. Das gilt zum Beispiel für das Oberstufenhaus in Eimsbüttel, das sowohl vom „Eimsbüttler Modell“, der gemeinsamen Oberstufe des Helene-Lange-Gymnasiums und des Gymnasiums Kaiser-Friedrich-Ufer als auch von der Primarschule An der Isebek genutzt werden soll.

In drei Fällen ist die Behörde den Empfehlungen auf Grund fachlicher Überlegungen nicht gefolgt.

- Die Schule Hinsbleek bleibt nicht eigenständig, sondern soll mit der Schule Müssenredder zu einer Primarschule fusionieren (Region 17).
- Die bisherige Bezirksgrundschule der Albert-Schweitzer-Schule soll Standort der Schule Strenge werden (Region 14).
- Es soll eine gemeinsame Primarschule im Schanzenviertel gebildet werden aus der Ganztagschule Ludwigstraße und der ehemaligen Schule Altonaer Straße (Region 1 + 4).

### Primarschulen

Die ganz überwiegende Zahl der bisherigen 210 Grundschulen wird in Zukunft Primarschulstandort oder Teil einer Primarschule sein. Ausnahmen sind Grundschulen an bisherigen Grund-, Haupt- und Realschulen, die zu Stadtteilschulen werden. Es soll insgesamt 162 Primarschulen geben, davon 98 Schulen an einem Standort, 64 an zwei oder in Einzelfällen an drei Standorten.

Bei Primarschulen mit zwei Standorten gibt es Fälle, bei denen an beiden Standorten alle Klassenstufen unterrichtet werden sollen, um kurze Schulwege für die Kinder zu schaffen oder zu verhindern, dass eine große Verkehrsachse überquert werden muss. In anderen Fällen sollen an einem Standort die Klassenstufen 1-3, am zweiten Standort die Klassenstufen 4 – 6 untergebracht werden, um mit mehreren Zügen ein breites Angebot für die Kinder realisieren zu können.

Wegen ihrer besonderen Lage werden die folgenden sieben Schulen trotz Zweizügigkeit als eigenständige Primarschulen geplant: Schule Sterntalerstraße, Schulkamp, Carl-Götze-Schule, Stockflethweg, Bandwikerstraße, Lemsahl-Mellingstedt, Ohrnsweg. Alle anderen sollen drei oder mehrzünftig eingerichtet werden.

### **Stadtteilschulen**

Insgesamt soll es 52 Stadtteilschulen geben. Diese gehen einerseits aus bisherigen Gesamtschulen hervor, die beiden kooperativen Gesamtschulen Heinrich- Hertz-Schule und die Kooperative Schule Tonndorf sind sowohl als Stadtteilschule als auch als Gymnasium vorgesehen. Die kooperative Gesamtschule Benzenbergweg wird als Stadtteilschule geplant. Am Standort des Gymnasiums Rissen wird auch eine Stadtteilschule eingerichtet. Darüber hinaus werden Gesamtschulen bzw. Aufbaugymnasien mit bisherigen HR-Schulen fusionieren. An 32 Stadtteilschulen sind eigene Oberstufen vorgesehen, an den anderen gibt es gemeinsame Oberstufen.

### **Gymnasien**

Alle insgesamt 61 bisherigen Gymnasien bleiben Gymnasialstandorte.

### **Kooperationen**

In neun Fällen kooperieren Stadtteilschulen und Gymnasien bzw. berufliche Schulen in der Oberstufe.

Kooperationen zwischen Primarschulen und weiterführenden Schulen sollen für ein vielfältiges und abgestimmtes Bildungsangebot in der Region sorgen und die zur Verfügung stehenden Räume optimal nutzen. Gleichzeitig wird gewährleistet, dass für keine weiterführende Schule der Besuch einer bestimmten Primarschule Voraussetzung für die Aufnahme ist.

29 Primarschulen können Räume an weiterführenden Schulen nutzen sowie mit weiterführenden Schulen kooperieren

Der Zahl der Schulen, die eine inhaltliche Zusammenarbeit planen, ist allerdings viel größer. „Hier zeigt sich, dass mit den Regionalen Schulentwicklungskonferenzen das Gespräch unter den Schulen in den Regionen eröffnet worden ist. Das ist wichtig, um ein gutes Bildungsangebot für alle Kinder zu schaffen“, sagt Christa Goetsch. Diese Diskussion und

Abstimmung der Bildungsangebote wird unter Begleitung der Schulaufsicht und der Agentur für Schulbegleitung am LI weitergeführt werden.

### **Zu- und Umbauten**

Bei den Planungen der Regionalen Schulentwicklungskonferenzen und bei der fachlichen Bewertung durch die Behörde wurde stets auch auf die Folgekosten geachtet.

Der Zu- und Umbaubedarf an den Hamburger Schulen wird sich nach dem nun vorgelegten Entwurf eines Schulentwicklungsplans in den kommenden Jahren auf rund 190 Millionen Euro belaufen. Darin enthalten sind auch die Kosten für den zusätzlichen Raumbedarf, der sich aus der Verkleinerung der Klassen und der Einrichtung zusätzlicher Vorschulklassen ergibt sowie die Kosten für moderne Fachräume. Dabei schlägt allein die Verkleinerung der Klassen in den Jahrgangsstufen 1 bis 4 mit rund 50 Millionen Euro zu Buche. Schätzungsweise 48 Millionen Euro werden an Stadtteilschulen, 12 Millionen an Gymnasien und 130 Millionen an den Primarschulen für zusätzliche Räume und Fachräume anfallen.

Aus dem Konjunkturprogramm des Bundes sind rund 50 Millionen Euro vorgesehen. Die verbleibenden 140 Millionen sollen in den nächsten drei bis vier Jahren im Rahmen der laufenden Schulbau- und Schulsanierungsmaßnahmen über das neu zu gründende geplante Sondervermögen Schulbau finanziert werden. Bisher wurden jedes Jahr mehr als 100 Millionen Euro aus dem Haushalt für Sanierung und Neubau von Hamburger Schulen ausgegeben. Der Schulbau wird in Zukunft über ein Sondervermögen organisiert, das eigenständig Baumaßnahmen plant und finanziert. Die Schulbehörde wird dann die Schulgebäude vom Sondervermögen anmieten. Der Senat plant, über das Sondervermögen den Sanierungsstau an den Schulen abzubauen und die notwendigen Zubauten zu realisieren.

### **Weitere Schritte**

Der heute vorgelegte Entwurf für einen Schulentwicklungsplan wird nun den schulischen Gremien, den Kreiselternräten, den Kreisschülerräten und den Bezirksversammlungen übersandt, damit sie bis Ende September 2009 Stellung nehmen können. Anschließend haben Elternkammer, Lehrerkammer und SchülerInnenkammer sowie der Landesschulbeirat die Möglichkeit zur Stellungnahme. Unter Berücksichtigung aller Stellungnahmen soll dann Ende November 2009 die Deputation der Behörde für Schule und Berufsbildung über den endgültigen Schulentwicklungsplan für die staatlichen Primarschulen, Stadtteilschulen und Gymnasien in Hamburg von 2010 bis 2017 beschließen.

Rückfragen:

Brigitte Köhnlein

Pressestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung

040.42863.2003

0172.4247071

[brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de](mailto:brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de)

9. Juli 2009/bwf09

## Hamburger Lehrpreis erstmalig verliehen

### 12 Einzelpreise für die exzellente Lehre an den staatlichen Hamburger Hochschulen

Im Rahmen einer feierlichen Preisverleihung hat Hamburgs Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach heute die Gewinner des Hamburger Lehrpreises bekannt gegeben. 12 Einzelpreise für im Jahre 2008 erbrachte herausragende Leistungen an den staatlichen Hamburger Hochschulen wurden verliehen. Ausgezeichnet wurden innovative Lehrleistungen oder Lehrvorträge an den sechs Fakultäten der Universität Hamburg, an drei Fakultäten der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg sowie an den fakultätslosen Hochschulen HafenCity Universität Hamburg, Technische Universität Hamburg-Harburg und Hochschule für bildende Künste Hamburg.

Die Einzelpreise sind mit je 10.000 Euro dotiert. Das Preisgeld steht den Preisträgerinnen und Preisträgern zum persönlichen Gebrauch zur Verfügung. Eine echte und nicht bloß symbolische Honorierung von guter Lehre soll dadurch gewährleistet werden. Der Hamburger Lehrpreis ist 2009 zum ersten Mal vergeben worden.

Alle Preisträgerinnen und Preisträger des Hamburger Lehrpreises 2009 sowie eine kurze Begründung für ihre Auswahl sind in der Anlage aufgeführt.

**Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach:** „Die Qualität der Lehre zu steigern ist eine der zentralen wissenschaftspolitischen Herausforderungen der Gegenwart. Qualität in der Lehre ist allerdings kein „Selbstgänger“. Gute Lehre ist das Produkt eines hohen persönlichen, oft jahrelangen Engagements, das bisher nicht ausreichend gewürdigt wurde. Mit der Verleihung des Hamburger Lehrpreises wollen wir ein deutliches Zeichen setzen und hervorragender Lehre Wertschätzung und Anerkennung entgegen bringen. Gute Lehre ist eine Dauerverpflichtung für jede Hochschule, die im Wettbewerb um Exzellenz und die klügsten Köpfe im Land bestehen will.

Die Entscheidung ist der Jury nicht leicht gefallen. Beeindruckend war, mit welchem Engagement die Studierenden und die Auswahlgremien der Hochschulen in den vorgelegten

Begründungen argumentiert haben. Schon dies ist ein erster Erfolg des Lehrpreises: Der Austausch darüber, was gute Lehre ist und wie ihre Qualität gesteigert werden kann. Ich gratuliere allen Gewinnern sehr herzlich! Ihr großes Engagement steht für innovative und begeisternde Vermittlung von Lehrinhalten. Dafür danke ich Ihnen.“

Die Idee zur Einrichtung eines Hamburger Lehrpreises geht zurück auf ein Bürgerschaftliches Ersuchen. Der Lehrpreis wird in 14 Einzelpreisen pro Hochschule bzw. Fakultät vergeben und ist mit je 10.000 Euro dotiert. Das Verfahren musste – im ersten Jahr der Vergabe – unter einigem Zeitdruck an den Hochschulen installiert werden. Aus unterschiedlichen Gründen konnten statt der vorgesehenen 14 Lehrpreise nur 12 vergeben werden.

Vorschlagsberechtigt waren die Studierenden der staatlichen Hamburger Hochschulen. Eine hochschulinterne Jury unter Beteiligung der Studierenden hat zunächst die Nominierungsvorschläge bewertet. Die beiden erstplatzierten Vorschläge wurden dann an ein hochschulübergreifendes Preisgericht unter dem Vorsitz der Wissenschaftssenatorin weitergeleitet, welches schließlich die Entscheidung über die Vergabe der Einzelpreise getroffen hat. Externe Mitglieder der Jury waren Prof. Klaus Landfried (Heidelberg), Prof. Ludwig Huber (Bielefeld), Prof. Johannes Wildt (Dortmund) und PD Dr. Sigrid Harendza (Hamburg).

Der Vergabe des Lehrpreises liegen feste Kriterien zugrunde. Sie werden individuell je Hochschule gewichtet: Fachliche und didaktische Qualität der Lehre, innovative Lehrmethoden und -materialien, Qualitätssicherung, Reflexion von Gender-Aspekten, Motivation der Studierenden, Learning-Outcome-Orientierung, Wissenstransfer, Interdisziplinarität, Praxisbezug sowie Internationalität und Interkulturalität.

#### **Rückfragen:**

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs,  
Tel.: 040 42863-2322, E-Mail: [pressestelle@bwf.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwf.hamburg.de)

10. Juli 2009/bza10a

## **Die Hamburger Sternwarte auf dem Weg zum Weltkulturerbe – die Sanierung des 1-Meter-Spiegelteleskop-Gebäudes geht voran**

In diesem Jahr wird die im Jahre 2008 vom Förderverein Hamburger Sternwarte e.V. beauftragte Sanierung eines weiteren Gebäudes, des 1-Meter-Spiegelteleskop-Gebäudes, abgeschlossen werden. Das 1-Meter-Spiegel-Teleskop ist unter den beeindruckenden großen Teleskopen der Hamburger Sternwarte in Bergedorf wohl das historisch bedeutsamste. Es befindet sich nahezu im Originalzustand, steht für einen historischen Wendepunkt in der astronomischen Forschung und ist als erstes großes Spiegelteleskop der Firma Carl Zeiss ein bedeutendes technikgeschichtliches Denkmal. Um das wertvolle Instrument zu sichern, ist die Sanierung dieses Gebäudes von großer Bedeutung.

Von den Gesamtsanierungskosten in Höhe von 356.650 € wird die Universität ca. 50.000,- € und der Förderverein an Eigenmitteln ca. 16650,- € übernehmen. Die restlichen Mittel konnten mit Hilfe von Sponsoren aufgebracht werden. Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien fördert das Projekt mit 90.000,- €, die Deutsche Stiftung Denkmalschutz mit 40.000,- €, die Stiftung Denkmalpflege Hamburg mit 80.000,- € und die HERMANN REEMTSMA STIFTUNG mit 80.000,- €.

Zum "Bergfest" der Sanierungsarbeiten stellt der Förderverein Hamburger Sternwarte Baumaßnahmen vor, die Sponsoren berichten, warum und in welcher Weise sie das Projekt fördern. Der Förderverein der Hamburger Sternwarte e.V. lädt hierzu zu einer

Pressekonferenz am Montag, 13. Juli 2009, 11:00 Uhr auf der Hamburger Sternwarte,  
Gojenbergsweg 112, 21029 Hamburg

Als Gesprächspartner stehen neben Vertretern des Fördervereins und der Sponsoren auch der Leiter des Bezirksamtes Bergedorf, zur Verfügung.

### Hintergrundinformationen:

Die zwischen 1906 und 1912 errichtete Sternwarteanlage, die 1996 als Ensemble in die Denkmalliste der Freien und Hansestadt Hamburg eingetragen und 2008 von der Bundesrepublik Deutschland als Kulturdenkmal von nationaler Bedeutung eingestuft wurde, da Gebäude und auch technische Ausstattung glücklicherweise noch fast vollständig erhalten sind, ist auch international von großer Bedeutung. Seit 2007 ist die Sternwarte im Gespräch, in die Welterbeliste der UNESCO aufgenommen zu werden, 2008 fand auf der Sternwarte die ICOMOS Konferenz statt.



Da das astronomische Institut der Hamburger Universität die Instrumente nur noch eingeschränkt nutzt und die Bauunterhaltung der Gebäude daher nur noch sehr eingeschränkt betrieben wird, bemüht sich seit 1998 der Förderverein Hamburger Sternwarte e.V., die Sternwarte mit regelmäßigen Veranstaltungen ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen und Spendenmittel für den Erhalt und die Sanierung zu sammeln. Mithilfe von Spendern konnte der Verein im Jahre 2005 bereits das Äquatorialgebäude sanieren. 2006 wurde er für sein Engagement mit dem Deutschen Preis für Denkmalschutz ausgezeichnet.

Führungen über das Gelände inkl. Gelegenheiten für Pressefotos:

Falls Interesse besteht, wird den Anwesenden darüber hinaus auch die gesamte Sternwarten-Anlage vorgeführt und ihre Bedeutung erläutert.

Gesprächspartner bei der Konferenz:

*Sponsoren:*

Frau Irina von Jagow, Geschäftsführerin der Stiftung Denkmalpflege Hamburg  
Herr Dr. Sebastian Giesen, Geschäftsführer der HERMANN REEMTSMA STIFTUNG  
Herr Dr. Klaus Röhrer, Leiter des Ortskuratoriums Hamburg der Deutschen Stiftung Denkmalschutz

*Förderverein Hamburger Sternwarte e.V.:*

Frau Dr. Agnes Seemann, Vorstand, Schatzmeisterin  
Herr Dipl. Ing. Henry Schlepegrell, Vorstand, Bauleitung

*Bezirksamt Bergedorf:*

Dr. Christoph Krupp

Pressekontakt:

*Für Rückfragen an den Förderverein:*

Dr. Agnes Seemann  
Schatzmeisterin des Fördervereins  
Tel.: 040-42863-3435  
Mobil: 0178 9615088  
E-mail: Agnes.Seemann@bksm.hamburg.de

*Für Rückfragen an das Bezirksamt Bergedorf:*

Bezirksamt Bergedorf  
Dr. Andreas Aholt (WBZ 12)  
Pressesprecher des Bezirksamtes  
Tel.: 040 - 42891 4314  
E-Fax: 040 427 906 - 314  
Mobil: 0170 -85 57 616  
E-mail: Andreas.Aholt@bergedorf.hamburg.de

## Terminkalender

Vom 13. Juli bis 19. Juli 2009

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182/2183 erteilt.

### Montag, den 13.07.2009

**18:00** Anglo-German Club, Harvestehuder Weg 44  
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck, Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert und Staatsrat Dr. Michael Voges besuchen den **8. Sommerempfang des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA)**.

### Dienstag, den 14.07.2009

**10:00** HAW, Berliner Tor 21, Aula  
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert spricht ein Grußwort auf der **Fachtagung: „Kinderschutz – Spannungsverhältnisse gestalten“** der HAW und des ZEPRA (Zentrum für Praxisentwicklung).

**11:30** Rathaus, Bürgermeistersaal  
Staatsrat Bernd Reinert spricht ein Grußwort anlässlich der **Überreichung der Auszeichnungen an die Preisträger des Schülerwettbewerbs „Brennstoffzelle“**.

**12:00** Bernhard-Nocht-Institut, Bernhard-Nocht-Straße 74  
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich der **Eröffnung eines Erweiterungsbaus des Bernhard-Nocht-Instituts (BNI)**.

Senatorin Dr. Herlind Gundelach, Senator Dietrich Wersich und Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert nehmen teil.

**12:00** Hotel Atlantic, An der Alster 72-79  
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt auf Einladung des französischen Generalkonsuls Jean-Pierre Tutin teil am Empfang anlässlich des **Nationalfeiertages der Republik Frankreich**.

**15:00** Behörde für Kultur, Sport und Medien, Hohe Bleichen 22  
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck empfängt **Prof. Václav Riedlbauch, Kultusminister der Tschechischen Republik, und Intendant Prof. Rolf Beck aus Anlass des Schleswig-Holstein Musikfestivals** zu einem Gespräch.

**17:00** Gemeinnützige Wohnheimgesellschaft des Hamburger Fürsorgevereins v. 1948 e.V., Max Brauer Allee 138, 22765 Hamburg  
Senator Dr. Till Steffen nimmt teil an dem **Sommerfest der Gemeinnützigen Wohnheimgesellschaft**.

**18:00** Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Armgartstr. 24  
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck nimmt teil an einer **Podiumsdiskussion zum Thema Kultur- und Kreativwirtschaft**.

**20:30** DER SPIEGEL, Casino, Brandstwiete 19  
Bürgermeisterin Christa Goetsch spricht beim **Architektur Club zum Thema „Wie sollen wir in Hamburg bauen? Neues Lernen – neue Schulen – neue Stadtqualität“ und stellt die Schulreform vor.**

**Mittwoch, den 15.07.2009**

**12:00** Bezirksamt Hamburg Nord, Kümmelstraße 7  
Senator Dietrich Wersich eröffnet den **1. Hamburger Pflegestützpunkt.**

**14:30** Rathaus, Bürgermeistersaal  
Staatsrat Bernd Reinert begrüßt die Teilnehmer des **10. Academic Sino-German Friendship Symposium** mit einem Grußwort.

**19:00** Universität Hamburg, Rechtshaushörsaal, Edmund-Siemers-Allee 1, 20146 Hamburg  
Senator Dr. Till Steffen hält eine Festrede anlässlich der **Absolventenfeier der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg.**

**Donnerstag, den 16.07.2009**

**10:00** Hochschule für Musik und Theater, Harvestehuder Weg 12  
Bürgermeister Ole von Beust **besucht die Hochschule für Musik und Theater.**

**13:00** Mönckebergbrunnen, Barkhof 1  
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck **eröffnet das Elbphilharmonie Kulturcafé,** in dem künftig über das Konzert- und Kulturangebot der Hansestadt informiert wird.

**18:00** Averhoffstrasse 38  
Staatsrat Bernd Reinert spricht ein Grußwort anlässlich der **Eröffnungsfeier der Jahresausstellung 2009 der HafenCity Universität.**

**19:00** Museum der Arbeit, Wiesendamm 3  
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck eröffnet die **Ausstellung „Hamburg und seine Brücken“.**

**19:00** Hotel Lindtner, Heimfelder Str. 123, 21075 Hamburg  
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann hält ein Grußwort zur **Eröffnung der Ausstellung „Dialog der Kulturen“ der Künstler Vladimir Kamendy und Mohammed Mandi.**

**Freitag, den 17.07.2009**

**ganztägig** Rom  
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck und Staatsrat Dr. Manfred Jäger reisen vom 17. bis 19. Juli 2009 nach Rom zur **Präsentation von Hamburgs Bewerbung um die 15. FINA Schwimm-Weltmeisterschaften 2013 bei der Endausscheidung im Rahmen der 13. FINA Schwimm-Weltmeisterschaften in Rom.**

**10:00** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer  
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann empfängt den **Generalkonsul der Argentinischen Republik, Manuel Fernández Salorio,** zum **Antrittsbesuch.**

**Sonntag, den 19.07.2009**

**19:00**

Deutsches Schauspielhaus, Kirchenallee 39

Staatsrat Dr. Nikolas Hill besucht die **Deutschlandpremiere von Lizt Alfonso Dance Cuba „Fuera y Compás“**.